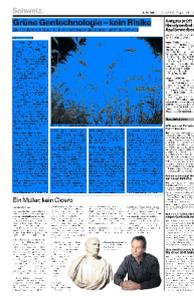


Datum: 29.08.2012

Basler Zeitung



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 77'619
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

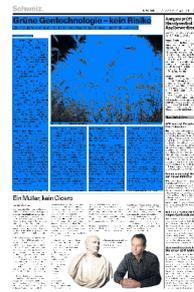
Themen-Nr.: 541.3
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 6
Fläche: 58'791 mm²

Grüne Gentechnologie – kein Risiko

Die Resultate der Studie NFP 59 hinterfragen das Moratorium in der Schweiz



«Ein nachhaltiger Anbau ist möglich.» Testfeld für gentechnisch veränderten Weizen der ETH in Lindau. Foto Keystone



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 77'619
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 541.3
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 6
Fläche: 58'791 mm²

Von Michael Brey, Bern

Das Nationale Forschungsprogramm Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen (NFP 59) hat keine Gesundheits- oder Umweltrisiken festgestellt. Der wirtschaftliche Nutzen der grünen Gentechnologie sei für die Schweizer Landwirtschaft unter den heutigen Bedingungen jedoch bescheiden. Das erklärten gestern Dirk Dobbelaere, Präsident der NFP-59-Leitungsgruppe und Professor für molekulare Pathologie an der Universität Bern, sowie Thomas Bernauer, Delegierter des Nationalen Forschungsrates und Professor am Zentrum für vergleichende und internationale Studien der ETH Zürich, bei der Präsentation des Schlussberichts in Bern.

Das NFP 59 wurde im Dezember 2005 vom Bundesrat in Auftrag gegeben, nachdem das Schweizer Volk einen Monat zuvor ein Gentech-Moratorium mit einem knappen Ja-Anteil von 55,7 Prozent angenommen hatte. Das Anbaumoratorium lief 2010 aus und wurde vom Parlament im gleichen Jahr um weitere drei Jahre bis Ende November 2013 verlängert. Auf Antrag der Bundesämter für Landwirtschaft und Umwelt wird derzeit die Weiterführung des Moratoriums geprüft, das insbesondere von linksgrünen und bauernnahen Kreisen im Parlament gewünscht wird; eine entsprechende Motion, eingereicht von Nationalrat Markus Ritter (CVP, SG) und unterzeichnet von 122 Parlamentariern, ist derzeit hängig.

Noch geringer Zusatznutzen

Doch bereits steht fest, dass der Bundesrat noch diesen Herbst dem Parlament die Weiterführung des Moratoriums beantragen will. Das bestätigen mehrere Quellen. Da es durchaus drei Jahre dauern könnte, bis das Bundesparlament über die ebenfalls beantragte Koexistenzverordnung befindet, sei die nochmalige Verlängerung des Moratori-

ums aus staatspolitischen Gründen unproblematisch, sagt Rainer Schweizer, Professor für Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen und Mitautor des NFP-Schlussberichts. Danach gäbe es aber wenig Argumente, die für ein Verbot sprächen. Auch Bernauer bestätigte gestern, dass eine «kurze Verlängerung», um rechtliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten, möglich sei, eine langfristige Etablierung des Moratoriums jedoch eine Änderung der Bundesverfassung erfordere.

«Aus wirtschaftlicher Sicht ist der Zusatznutzen von gentechnisch veränderten Pflanzen für Schweizer Landwirte heute noch gering, in Zukunft jedoch könnte er steigen», so Bernauer, der dafür plädiert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen am Potenzial künftiger Pflanzen zu orientieren. Angesprochen ist damit die Ausgestaltung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) in der Agrarpolitik 2014–2017. Sollte der Gesetzgeber entscheiden, dass der Anbau von gentechnisch veränderten, ökologisch nachhaltigen Pflanzen von den Direktzahlungen ausgeschlossen werde, so sei dies diskriminierend und marktverzerrend, so Bernauer.

Im NFP 59 haben sich dreissig Forschungsprojekte während knapp fünf Jahren mit den wissenschaftlichen Grundlagen der grünen Gentechnologie befasst. Weiter wurden in drei Analysen internationale Studien über gesundheitliche, ökologische und agrarökonomische Aspekte untersucht. «Wir konnten keine für gentechnisch veränderte Pflanzen spezifischen Risiken für Umwelt und Gesundheit von Mensch und Tier feststellen», sagte Dobbelaere gestern. Wo im Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen unerwünschte Effekte aufträten, seien diese nicht eine Folge der Gentechnologie selbst, sondern vielmehr seien diese auf mangelhafte landwirtschaftliche Praktiken zurückzuführen.

Gentech-Nutzen soll bald steigen

Besonders intensiv hat das NFP 59 gentechnisch veränderte Weizenlinien unter die Lupe genommen (BaZ vom Sonntag). «Ein ökologisch und ökonomisch nachhaltiger Anbau von solchen Weizenpflanzen ist möglich», so Dobbelaere. Die Zurückhaltung der Bauern und Grossverteiler führt der Berner Professor darauf zurück, dass bei der älteren Generation der gentechnisch veränderten Pflanzen noch wenig Nutzen für Konsumenten und Bauern sichtbar war. «Wenn Pflanzen mit kombinierten Merkmalen – beispielsweise Herbizid- und Krankheitsresistenzen – zum Einsatz kommen, könnte der wirtschaftliche Nutzen für die Bauern steigen, und die Konsumenten profitieren von billigeren Preisen», so Dobbelaere.

Skeptisch äusserte sich Lucius Tamm vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Frick (AG). Der Agrarökonom und Mitautor des NFP-Berichts bemängelte, dass in den wirtschaftlichen Untersuchungen die Rahmenbedingungen und Aufwendungen für eine Koexistenz von konventionellem Landbau und Gentechnologie zu wenig berücksichtigt wurden. Auch die Vertreter von Umweltorganisationen, Marianne Künzle von Greenpeace und Herbert Karch von der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie, warfen den Studienautoren eine einseitige Betrachtungsweise vor, was ETH-Professor Thomas Bernauer umgehend zurückwies: «Die Studienresultate sind nicht ein Plädoyer für Gentechnologie. Wir gingen unvoreingenommen vor und haben alle Aspekte berücksichtigt; das NFP 59 ist eine nüchterne Analyse der Situation.» Und diese Analyse komme nach dem aktuellen Wissensstand zum Schluss, dass die Risiken der grünen Gentechnologie gering sind und das Potenzial nicht genutzt werde.